

# Cuba kompakt

15. November 2006, Ausgabe 26, Jahrgang 3, 20 ct., Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

## THEMA

### Die Welt fordert von den USA Aufhebung der Blockade, soviel Stimmen wie nie zuvor für cubanische Resolution – Cuba mit zwei Anträgen erfolgreich, peinliche Vorstellung Australiens

Die UNO-Generalversammlung hat am 8. November die Vereinigten Staaten aufgefordert, die „Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade“ gegenüber Cuba zu beenden. Für den Antrag stimmten so viele Länder wie nie zuvor, seit er 1992 das erste Mal zur Abstimmung gestellt wurde.

Mit der überwältigenden Mehrheit von 183 Stimmen, noch eine mehr als im letzten Jahr, wurde die von Cuba eingebrachte Resolution angenommen. Wie im letzten Jahr stimmten nur die USA, Israel, die Marshall-Inseln und Palau dagegen. Mikronesien enthielt sich der Stimme. Obwohl der Beschluss der Generalversammlung nicht bindend ist, zeigt er doch, dass die Weltgemeinschaft bei diesem Thema in seltener Einhelligkeit gegen die USA stimmt.

Wie üblich wies der US-Delegierte die Resolution zurück und versuchte der Welt weiszumachen, dass es sich um eine bilaterale Angelegenheit handle, die in der Generalversammlung nicht zu suchen habe.

Lateinamerika und die Karibik unterstützten Cuba, nur Nicaragua und El Salvador zogen es vor, der Abstimmung fernzubleiben.

So weit unterschied sich das Szenario nicht wesentlich von dem der Jahre davor. Man könnte glauben, dass nach 15 Jahren die USA mit dieser Maßregelung der Weltgemeinschaft leben würden, insbesondere, da sie sowieso machen, was sie wollen. Aber dem ist offensichtlich nicht so. Diese Niederlage scheint die Supermacht heftig zu wurmen und so ist sie in diesem Jahr zur Gegenoffensive angetreten. Seit Montag, den 6. November, ließen die USA ein Papier in der UNO kursieren, in dem „eine ernste Besorgnis wegen Fehlens von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten in Cuba“ geäußert wird und das als Zusatz zu dem cubanischen Antrag zur Abstimmung gebracht werden sollte.

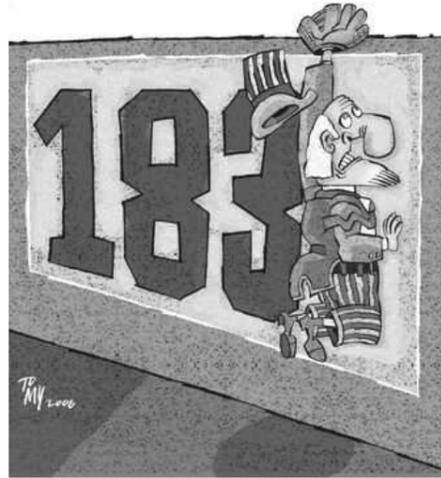
Nun kommt es nicht so gut, wenn die USA diesen Zusatzantrag selbst einbringen. Deswegen suchte man fieberhaft nach jemandem, der sich dazu bereit erklärte. Aber weder in Europa noch in Lateinamerika fand sich ein Land, das bereit war, sich so entwürden zu lassen.

Am 7. November wurde man doch noch fündig. Australien war bereit, so zu tun, als ob der einen Tag vorher von den USA lancierte Antrag sein eigener sei. Australien, das zusammen mit den USA seinerzeit 4 Millionen Vietnamesen umgebracht hat,

das jetzt gegen den Willen seiner Bevölkerung mit 1.300 Soldaten am völkerrechtswidrigen Präventivkrieg gegen den Irak beteiligt ist und das seine Urbevölkerung elend dahinvegetieren lässt, macht sich Sorgen um die Rechte anderer Menschen. Das nahm ihm offensichtlich nicht nur der cubanische Außenminister nicht ab.

Cuba stellte den Antrag auf Annullierung des US-australischen Vorschlags. Dann würde dieser gar nicht mehr zur Abstimmung vorgelegt.

Dieser Antrag Cubas wurde mit 126 Stimmen dafür, 51 dagegen und fünf Enthaltungen ebenfalls angenommen. Wer stimmte dagegen? Richtig, die Europäer, die Industrienationen.



Wenn die Initiatoren von völkerrechtswidrigen Präventivkriegen, von Folterlagern, Geheimgefängnissen und tödlichen Grenzmauern die Worte Demokratie und Menschenrechte in den Mund nehmen, dann reagieren die Europäer nach einem konditionierten Reflex und drücken auf den Knopf. Das Gehirn setzt aus und weigert sich jedes noch so durchsichtige Manöver zu durchschauen, nur weil es von der Welt einziger Supermacht stammt. Solange das so bleibt, ist die europäische Haltung gegen die Blockade nur ein Lippenbekenntnis, das die USA auch in Zukunft versuchen werden, durch einen Trick auszuhebeln.

R.F., La Jornada, JR

## ARBEIT

### Schluss mit dem Schlendrian – Im Januar 2007 treten neue Maßnahmen für das Verhalten am Arbeitsplatz in Kraft

Genau am 2. Januar des kommenden Jahres tritt in Cuba ein neues Regelwerk zur Inneren Disziplin in Kraft, das „die allgemeinen und arbeitsbereichs-spezifischen Verpflichtungen und Verbote für alle Arbeiter“ beinhaltet. Außerdem ist darin festgehalten, welche Verstöße als schwerwiegend gelten.

Dazu sagt Dr. Francisco Guillén Landrián, der juristische Direktor des Arbeitsministeriums: „Es handelt sich nicht darum, die bestehenden Regelungen zu verändern, sondern es geht darum, neue zu formulieren, die auf anderer Grundlage und auf anderen Methoden beruhen. Wir haben hier ein „juristisches Instrument, das den Sinn hat, die Ordnung zu verbessern, die Arbeiter zu erziehen und Verstößen gegen die Disziplin und illegalem Verhalten bei der Arbeit entgegenzuwirken“. Zu den in den Regulierungen aufgezählten Verpflichtungen gehören unter anderem: pünktliches Erscheinen zur Arbeit, das Erfüllen der vorgeschriebenen Stundenzahl, das Verbleiben am Arbeitsplatz während des ganzen Tages und das Verbot, diesen ohne Erlaubnis seines direkten Chefs zu verlassen.

Ferner gehört dazu, alle die Arbeit betreffenden Richtlinien zu erfüllen wie z. B. Sicherheit der Information, Schutz, Sicherheit und Hygiene, sorgfältiger Umgang mit den Ressourcen, für die der Arbeiter verantwortlich ist. Außerdem müssen grundlegende Regeln beachtet werden, die für das Zusammenleben im Kollektiv unerlässlich sind.

Das neue Regelwerk enthält auch eine Anzahl von Verboten. Zum Beispiel ist es von nun an verboten, für einen Kollegen die Stechkarte zu drücken oder die Anwesenheitsliste auszufüllen. Es dürfen keinerlei Zuwendungen mehr angenommen werden und es darf kein persönlicher Vorteil aus einer Information gezogen

werden, die man besitzt.

Als schwerwiegende Zuwiderhandlung, die entsprechende Maßnahmen nach sich zieht, gehören: Ungerechtfertigte Abwesenheit und wiederholte ungerechtfertigte Unpünktlichkeit, Verlassen des Arbeitsplatzes, Nichtausnutzung des Arbeitstages, nicht Informieren über Unterschlagungen, Verluste, Abzweigungen, Aneignungen und Schäden, von denen man Kenntnis hat, das Einspeisen von Archiven, Bildern oder Dateien in den Computer, die Pornographie, verbotene Spiele oder falsche Dokumente enthalten.

Guillén Landrián gab bekannt, dass jetzt bereits in jedem Arbeitszentrum eine Arbeitsgruppe gebildet werde, für die der Chef des Unternehmens einen Leiter bestimmt. Sie besteht aus Arbeitern, die vom Kollektiv anerkannt werden, aus Arbeitern aus dem juristischen Bereich und der Personalabteilung und einem Vertreter der Gewerkschaft. Sie alle arbeiten die erste Version des Projekts aus, das von dem Rat der Führung einer ersten Analyse unterzogen wird.

Danach wird es im November von den Arbeitern in Versammlungen diskutiert. Ihre Beiträge finden Berücksichtigung im endgültigen Dokument. Bevor der Chef des Unternehmens den Beschluss unterzeichnet, wird er zur Abstimmung auf einer höheren Verwaltungsebene und dem Führungsrat gebracht. Dann tritt er im Januar 2007 in Kraft.

„Es ist wichtig, dass die Arbeiter an der Ausarbeitung der internen disziplinarischen Regulierungen ihres Unternehmens beteiligt sind, dass sie diese kennen und sich strikt daran halten. Das wird dann zur Verbesserung eines geordneten Arbeitsverlaufs beitragen, der Effizienz, Produktivität und Qualität erhöht“, unterstrich Guillén Landrián.

R.F., WDS

## SPORT

### Havanna-Marathon und Maracuba am 19. November

Für den Marathonlauf in Havanna „Marabana“ haben sich neben zirka 1.000 CubanerInnen auch 200 AusländerInnen aus 43 Ländern eingeschrieben. Die größte ausländische Gruppe stammt aus Dänemark. Zum ersten Mal werden am Streckenverlauf Duschen für die Teilnehmer aufgestellt und am Ziel wird ein Torbogen genau die Ankunft der Läufer registrieren.

Der Volkslauf „Maracuba“ auf einer Distanz von 4 km findet am gleichen Tag

in allen Bezirken des Landes zwischen 7 Uhr und 9:45 Uhr statt.

R.F., JR

